

Offener Brief

Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.
Landesverband Sachsen
Vorsitzender Dipl.med. Timo Liebold
Gostritzer Straße 2 a
01217 Dresden

13.11.2002

Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder
Bundeskanzleramt Berlin
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

nachrichtlich: Frau Ministerin Ulla Schmidt,
Bundesgesundheitsministerium, PF 08 01 63,
10001 Berlin,

veröffentlicht: LVZ, FP Chemnitz, Ärzteblatt
Sachsen, KVS-Mitteilungen

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,
in diesem offenen Brief möchten wir Sie auf
die präkäre Situation der Fachärzte Sachsens
aufmerksam machen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands erfor-
derte von uns die Übernahme des ambulanten
Sicherstellungsauftrages für die medizinische
Versorgung der Bevölkerung Sachsens.

Dabei waren wir gezwungen, in kurzer Zeit
meist sehr hohe Kreditaufnahmen zu tätigen,
um das Versorgungsniveau unserer Praxen an
den Standard West anzupassen. Zu keinem
Zeitpunkt sind bis zum heutigen Tage Be-
treuungsdefizite in der Bevölkerung aufge-
treten. Damit konstatieren wir, dass der ge-
sundheitspolitische Auftrag durch uns erfüllt
wurde.

Gegenwärtig stellen wir jedoch eine zuneh-
mende Verschlechterung der ambulanten Rah-
menbedingungen fest, die zwangsläufig zur
Gefährdung der medizinischen Betreuung
unserer Bevölkerung führt:

- kontinuierlicher Praxisumsatzverlust trotz
steigender Patientenzahlen,
- 12 Jahre nach der Deutschen Einheit be-
trägt die Bereitstellung der finanziellen Mit-
tel für die ambulante Versorgung weiterhin
lediglich 77 % des Westniveaus,
- demografische Entwicklung (überdurch-
schnittliche Zunahme der Rentner, Abwan-
derung der jungen Bevölkerung, Zunahme der
Multimorbidität),
- überdurchschnittliche Praxiskostenquote
der Facharztpraxis (über 60 %) durch den
notwendigen hohen technisch-materiellen
Aufwand zur Sicherung des Qualitätsstand-
des,
- fehlender Nachwuchs und fehlende Un-
terstützung junger Fachärzte (Zunahme der
Verschuldung, zunehmende Bankenaufsicht,
Abwanderung junger Fachärzte in fachfrem-
de Bereiche und Abwanderung in Altbundes-
länder),
- Überbürokratisierung (mehr als 370 gesetz-
liche Krankenkassen mit wachsenden Ver-
waltungskosten, zunehmende Reglementierung
ärztlicher Leistungen),
- Budgetierung ärztlicher Leistungen füh-
ren zu:
- Verschlechterung der fachärztlichen Ver-
sorgung der Bevölkerung Sachsens,
- Gefährdung der Arbeitsplätze in unseren
Praxen,
- vorprogrammierte Praxisinsolvenzen wegen
nicht mehr kostendeckenden Behandlungs-
notwendigkeit,
- ausbleibende Neuinvestitionen,
- Einengung der ärztlichen Therapiefreiheit,
- Überalterung des Berufsstandes.

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,
wenn Frau Ministerin Schmidt aus aktuellem
Anlass auf eine „Nullrunde“ bei der Gestal-

tung der Arzthonorare drängt, dann wäre es
angesichts der Umsatzverluste des 2. Quar-
tals 2002 (letzte Honorarzahlung vom 28. 10.
2002) ein wahrer Gewinn!! Bei allen sächsi-
schen Urologen betrug der aktuelle Umsatz-
verlust mindestens 15 %. Dies bedeutet einen
durchschnittlichen Gewinnverlust vor Steuern
von 35 %! Das ist eine deprimierende Real-
ität!

Wir fordern Sie daher im Interesse unserer
Patienten auf:

- zur Anerkennung unserer qualifizierten
fachärztlichen Leistungsbereitschaft,
- zur Beendigung der politisch verursachten
Spaltung der Ärzteschaft in Haus- und Fach-
ärzte,
- zur Unterstützung des ärztlichen Nach-
wuchses,
- zur Angleichung der Vergütungssituation
auf Westniveau.

Bitte seien Sie versichert, dass dieser offene
Brief in einer Zeit schwieriger gesamtpoliti-
scher Veränderung nicht als „Gejammere der
Ärzte“ imponieren möchte, sondern Ihnen
einen ernstgemeinten praxisnahen Einblick
vermittelt, um die weitere ambulante medi-
zinische Versorgung unserer Patienten nicht
zu gefährden.

Im Namen des Sächsischen Landesverbandes
der Fachärzte für Urologie grüssen

Hochachtungsvoll

Dipl. med. Timo Liebold
1. Vorsitzender

Dr. med. Imanuel Demmler
Schriftführer